

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (daron 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandabonnentent 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnporto 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage „Woll und Seil“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Willkür der 20 Pf. „Kleinanzeigen“ des Freitagdrucks wird durch die beiden Seiten des 10 Pf. „Kleinanzeigen“ über 15 Buchstaben zahlen für zwei Zeilen. Arbeitsmarkt-Willkür der 20 Pf. Familienanzeigen-Willkür der 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, monatlich von 8/4 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönböf (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 97536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. G. u. Visk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66

Vernünftige Amnestie

Ueberraschungserfolg der Sozialdemokratie. Riesenblamage der Terrorbeschützer!

Die gestrige Sitzung des Preussischen Landtags hat der Sozialdemokratie einen großen sachlichen und moralischen Erfolg, der Amnestiekoalition von Nationalsozialisten und Kommunisten aber eine unerblickliche Blamage gebracht! Die auf den skandalösen Amnestieentwurf zum Schutze des Terrors eingetretene Mehrheit hat durch ihre Unachtsamkeit ihren eigenen Gesetzentwurf zu Fall gebracht!

Die Sozialdemokratie hatte nämlich einen Gegenentwurf als Antrag eingebracht, der Straffreiheit für die sogenannten Notdelikte (Verbrechen aus Not) und für die Personen forderte, die zur Verteidigung der Republik Straftaten begangen haben. In der Einleitung dieses Antrages hieß es ausdrücklich, daß der ursprüngliche Gesetzentwurf die Fassung des Antrages erhalten, daß also an Stelle des Gesetzentwurfes dieser Antrag treten soll.

Im Einklang mit der Geschäftsordnung, sowie in Uebereinstimmung mit einem vorher verteilten Abstimmungsplan ließ der stellvertretende Präsident Wittmaack zunächst über diesen Änderungsantrag der Sozialdemokratie abstimmen.

Der erste Teil des Antrages, die Notamnestie, wurde dabei mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Zentrums angenommen.

Der zweite Teil, betreffend die politische Amnestie für die Schützer der Republik, wurde abgelehnt, da die Kommunisten zusammen mit der Rechten dagegen stimmten. Ebenso wurden angenommen die Bestimmungen über den Tag der Verkündung, Einleitung und Ueberschrift.

Vizepräsident Wittmaack erklärte nunmehr ausdrücklich, daß durch die Annahme dieses Antrages die Abstimmung über den Amnestieentwurf, den der Rechtsausschuß beschlossen hatte, hinfällig geworden sei, und schritt zur dritten Lesung.

In der dritten Lesung wurde der sozialdemokratische Antrag in der Form, die er in der zweiten Lesung erhalten hatte (also nur Notamnestie, keine politische Amnestie), mit der gleichen Mehrheit wie vordem angenommen, und zwar zunächst in der Einzelabstimmung über die Paragraphen, dann auch in der Schlussabstimmung.

Erst als der Präsident zum nächsten Punkt der Tagesordnung überging, erhob sich auf den Bänken der Rechten und der äußersten Linken allgemeines Rausen, man merkte jetzt erst, was geschehen war, daß nämlich alle ihre politischen Amnestieanträge abgelehnt waren! Sie versuchten nun mit allen möglichen Mitteln, diese Anträge wieder aufzunehmen. Das Haus wurde vertagt und der Kestenerat zweimal zusammenberufen; aber auch in ihm konnte den Rechts- und Linksblockparteien nichts anderes gesagt werden, als daß eben ihre Anträge abgelehnt waren und daß sie höchstens neue Anträge auf Amnestie einbringen könnten. Entgegenkommender und lebenswürdigerweise erklärte sich die Sozialdemokratie sogar bereit, diese neuen Anträge ohne Wahrung der geschäftsordnungsmäßigen Fristen schon in der nächsten Woche zur Beratung und Abstimmung kommen zu lassen.

Aber auch nach Wiedereröffnung der Vollsitzung hielten Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationale um die Wette Schimpfreden auf die Sozialdemokratie. Jetzt: wenn durch ihre Unachtsamkeit sie solch abgestimmt hätten, müßte die Sozialdemokratie ihnen erlauben, den Fehler sofort wieder gutzumachen! Die Sozialdemokratie hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie Gegner der unterschiedlichen Freilassung aller möglicher Gewaltverbrecher ist, weil sie in dieser Prämierung der Gewaltverbrechen den Weg zum Sieg des Faschismus erblickt. Also beharrte die Sozialdemokratie selbstverständlich auf ihrem Widerspruch, entgegen der Geschäftsordnung, diese Sorte Amnestiegesetze sofort wieder aufzunehmen.

Nachdem die Parteien der Gewaltverbrecher sich genügend ausgeschimpft hatten — es dauerte mehrere Stunden — merkten sie endlich, daß sie gegen den

Widerspruch der Sozialdemokratie doch nichts erreichen könnten.

Die Deutschnationalen brachten daher eine Resolution ein, die Regierung solle in Erwartung der kommenden Amnestie die Gewaltverbrecher einstweilen freilassen. Erneut wurde das Haus vertagt, um der Sozialdemokratie Gelegenheit zu geben, ihren Widerspruch gegen die sofortige Beratung des Antrages zurückzuziehen. Selbstverständlich lehnte die sozialdemokratische Fraktion auch das ab! Um aber nicht den Schein aufkommen zu lassen, als sollten um ihrerwillen kleine Sünder, die zu hart bestraft wären, länger in den Gefängnissen bleiben, brachte sie ihrerseits den Antrag ein,

das Staatsministerium möge von sich aus alle politischen Gefangenen, deren Tat weder nach der Art des Verbrechens noch nach den Folgen besonders schwerwiegend oder verwerflich sei, durch Straferleichterung oder Strafaufschub begnadigen.

Süßhauer mußten alle Parteien sich damit einverstanden erklären, daß nur dieser sozialdemokratische Antrag zur Beratung kam; er wurde im weiteren Verlauf der ausgedehnten Sitzung angenommen.

Weil, wie Herr Kube das treffend ausdrückte, die Sozialdemokratie eben geschäftsordnungsmäßig alle Trümpfe in der Hand hatte!

Diese unsterbliche Blamage der Nazi-Kozi-Koalition ist verdient. Das kommt davon, wenn die Auswahl einer Landtagsfraktion nicht unter dem Gesichtspunkt der Ausbildung des politischen

Verstandes, sondern nach der Entwicklung des Schreiber Vermögens und der Armmuskeln erfolgt!

Die Betätigung namentlich der Nationalsozialisten in dieser Landtagsitzung hat gezeigt, daß sie sich auf Heydrden trefflich verstehen, um so weniger auf die Lektüre von Anträgen. Der frühere Kommunist und bolschewistische Lebensmittellieferant Freisler, jetzt Landtagsabgeordneter des NSDAP, hielt eine ausgesprochene Vogrountrede gegen unseren Genossen Kutner, die außerhalb des Parlaments zweifellos unter Abschnitt IV § 11 der neuen politischen Verfassung vom 14. Juni 1932 fallen würde, und sein Parteifreund Kube weiteiferte mit ihm, indem er eine einstündige hehrliche Rede gegen das Zentrum voll der fürchterlichsten Beschimpfungen hielt.

Wo solche Hege zu Hause ist, da wird die Blamage der Nazis und Koziis verständlich!

Das Ergebnis ist:

Die von der Sozialdemokratie beantragte Amnestie für Notverbrechen ist endgültig beschlossen worden;

der sozialdemokratische Antrag, der eine verständnisvolle Strafaussetzung in die Hand der Regierung legt, ist als einziger Antrag angenommen worden;

das ungeheuerliche Amnestiegesetz zum Schutze des Terrors ist für diesmal gefallen, und die Koalition von Nazis und Koziis steht vor der peinlichen Tatsache, daß sie damit wieder von vorne anfangen muß!

Politische Klugheit vermag doch einiges über das bloße Maulheldentum!

Papen bei Herriot und Macdonald.

Er ist befriedigt — aber die anderen?

Lausanne, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Wieder haben am Donnerstagnachmittag die sechs einladenden Mächte eine vertrauliche Besprechung abgehalten, die dem Programm der ersten Vollsitzung vom Freitag galt. Zunächst werden die Sitzungen vertraulich bleiben, bis ein gewisser Ausgleich zu übersehen ist. Später wird dann die erfolgte Verständigung in öffentlichen Sitzungen dargelegt und beschlossen werden. Bezeichnend ist die offiziöse Feststellung, daß

keinerlei fertiges Projekt bisher vorhanden

sei und alle Vorschläge angeblich erst durch die Aussprache Form gewinnen sollen. Als Programm für Freitag wurde vereinbart, daß zuerst der deutsche Reichskanzler eine ausführliche Darstellung der deutschen Auffassung geben wird. Nach ihm werden Herriot, der englische Finanzminister Chamberlain, Grandi und ein Belgier der Reihe nach sprechen. Die Generaldebatte soll bereits am Freitag zum Abschluß gebracht und die Einzelberatung am Sonnabend in Angriff genommen werden.

Reichskanzler von Papen berichtete der deutschen Presse über seine am Donnerstag stattgefundenen Besuche bei Herriot und Macdonald. Zwei dieser Besuche sei die Darstellung der innerpolitischen Lage Deutschlands, insbesondere der letzten Ereignisse gewesen, die zur Bildung seines Kabinetts und dessen ersten Handlungen geführt hätten. Ferner habe er die innen- und außenpolitischen Ziele seiner Regierung ausführlich dargelegt, damit, wie er wörtlich betonte, kein Zweifel darüber bei den Herren herrsche. Er erklärte sich befriedigt über seine freundliche Aufnahme.

Außenminister von Neurath setzte mit den Engländern seine Londoner Besprechungen fort und nahm teil bei Herriots Gegenbesuch beim Reichskanzler. Herriot habe, wie Neurath erklärte, weitgehendes Verständnis für Deutschlands Schwierigkeiten gezeigt, wie weit er aber in der Lage sein werde, bei der Endlösung Deutschlands entgegenzukommen, lasse sich noch nicht sagen. Im übrigen setzten sich die gegenseitigen Besuche der Delegationsführer den ganzen Tag über fort.

Herriot und Macdonald, die einer privaten Mitteilung zufolge von den am Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen keinen so günstigen Eindruck hatten, empfingen ihre Presse nicht

Der Raub an den Armen.

Die Armen zahlen — die Reichen bleiben frei!

Nachdem nunmehr die neue Notverordnung der Regierung von Papen im Wortlaut vorliegt, stellt sich heraus, daß die Ungerechtigkeiten und Härten der neuen Arbeitslosenabgabe noch viel ungeheuerlicher sind, als sie auf den ersten Blick erschienen. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß die Abgabe die ungerechteste und rückwärtsloseste Steuer ist, die je ausgedacht wurde. Sie ist noch weit ungerechter als die Bürgersteuer und weit ungerechter als die Krisensteuer. Ihre schlimmste Härte ist, daß sie die Arbeiter und Angestellten ohne jede Freigrenze auch mit dem allerkleinsten Einkommen heranzieht, während die Industriellen und Großagrarien, die Kapitalisten und die freien Berufe überhaupt keine Mehrbelastung erfahren. So kommt es, daß der Industrielle steuerfrei bleibt, aber kein Chauffeur zahlen muß, Bäcker und Schlächter nicht zu zahlen brauchen, dafür aber ihre Gehilfen, Rechtsanwälte und Ärzte ungehört bleiben, ihre Diensthöfen aber bluten müssen!

Die neue Arbeitslosenabgabe ist im wesentlichen nichts anderes, als eine Erhöhung der bisherigen Krisenlohnsteuer um durchschnittlich 1 1/2 Proz. Warum hat man dann aber die Krisenlohnsteuer in eine Arbeitslosenabgabe umgetauft? Der Grund ist nur allzu durchsichtig. Es sollte vermieden werden, daß jedermann sofort einen Vergleich zwischen Krisenlohnsteuer und Krisensteuer der Veranlagten zieht und feststellt, daß die Ungerechtigkeiten in der Belastung der beiden Gruppen nicht gemildert, sondern ungeheuer verschärft worden sind!

Als vor einem Jahre die Krisensteuer eingeführt wurde, ging ein Sturm der Entrüstung durch alle Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Tatsache, daß man diese Steuer in zwei Teile zerlegt hatte zu dem einzigen Zweck, um die Arbeitgeber in allen Punkten besser behandeln zu können

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beantragen Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale erneut, die Abstimmung zu wiederholen.

Abg. Feinert (Soz.) widerspricht. Die Sozialdemokratie ist und bleibt Gegner der unterschiedslosen Amnestie aller Gewaltverbrecher und habe das geschäftsordnungsmäßige Recht, eine erneute Abstimmung darüber zu verhindern.

Präsident Kroll erklärt, gegen den Widerstand der Sozialdemokratie die Abstimmung nicht wiederholen zu können.

Kommunisten, Deutschnationale und Nationalsozialisten belegen neue Amnestiegesetze ein und verlangen sofortige Verabschiedung in allen drei Lesungen.

Die sozialdemokratische Fraktion widerspricht, Präsident Kroll erklärt die Beratung daher für unendlich.

Die Deutschnationalen beantragen eine Entschließung, durch die die Regierung aufgefordert wird, nach dem zu erwartenden Amnestiegesetz schon jetzt zu verfahren.

Die Sozialdemokratie widerspricht der Beratung, da nach gar nicht abzusehen sei, ob und welches Amnestiegesetz zustande käme.

Sie bringt aber einen Entschließungsantrag ein, wonach das Staatsministerium allen politischen Verurteilten Strafausschub oder Strafausschub bewilligen soll, wenn die Tat und ihre Folgen nicht besonders verwerflich oder schwerwiegend erscheint.

Nach langen Schimpfreden erklären sich Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale damit einverstanden, daß nur dieser Antrag zur Beratung kommen soll.

Abg. Rabe (Nsoz.) hält eine lange mißliche Schimpfrade gegen das Zentrum und den Justizminister Dr. Schmidt. Wenn es in Preußen zu einer Koalition mit dem Zentrum käme, dann nur zu einer solchen, in der allein die Nationalsozialisten zu kommen läßten hätten.

Die Deutschnationalen beantragen, in die Resolution einzufügen, daß diese Bestimmung nur gelten soll, bis das durch die Schuld der Sozialdemokratie am heutigen Tage nicht verabschiedete preussische Amnestiegesetz zustande kommt.

Abg. Heilmann (Soz.): Wir könnten auf diesen schlechten Scherz mit der Zurückziehung unseres Antrags antworten, und dann wären Sie hereingefallen. Im Interesse der belästigten Freilassung der politischen Gefangenen, die es verdienen, sehen wir davon ab.

Die sozialdemokratische Resolution wird mit dem deutschnationalen Antragsantrag bei Stimmhaltung der Sozialdemokratie einstimmig angenommen.

Es folgen die Anträge auf Aufhebung der preussischen Notverordnungen.

Finanzminister Dr. Klepper

lehrt die Notlage auseinander, durch die die preussische Staatsregierung sehr gegen ihren Willen zu neuen Belastungen gezwungen worden ist.

Die Debatte geht weiter. Vor Eintritt in die Aussprache weist Präsident Kroll auf den Beschluß des Versteckens hin, die Angelegenheit unter allen Umständen noch zu erledigen, und zwar mit einer Redezeit von zwei Stunden für jede Fraktion. (Beifall bei den Nationalsoz.)

Abg. Karper (Nsoz.) begründet dann die kommunistischen Anträge. Die preussische Regierung habe sich der schamlosen Ausbeutung der Armen durch die Regierung von Papen angeschlossen.

Abg. Dr. Fröhe (Dnat.) begründet die deutschnationalen Anträge auf Aufhebung der neuen preussischen Notverordnung und Befestigung der Schatzkammer.

Abg. Dr. Klein (Nsoz.) erklärt, die preussischen Finanzen, auf die der preussische Staat früher stolz gewesen sei, seien jetzt nicht nur auf den Hund, sondern sogar auf den Klepper gekommen. (Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Szjlat (Soz.)

betont, daß die Entwicklung der preussischen Finanzen weit günstiger sei als in den Staaten, in denen die Nationalsozialisten vorübergehend ihre Experimente vornehmen konnten. Die Haltung der Nationalsozialisten zur Reichsnoteverordnung sei bezweifelhaft ganz anders als zur preussischen.

Die Sitzung dauert um Mitternacht noch an.

Faschistische Schmuckfüßel.

Niederträchtige Verleumdungen gegen Otto Braun.

Preßgesindel vom Schlage der „Niederfächischen Tageszeitung“, dem offiziellen nationalsozialistischen Kopfblatte Hannovers, bringt sensationell aufgemachte Meldungen unter der Überschrift: „Otto Braun gestürzt. 100 Millionen und eine Krankheits...“

In dem Artikel wird behauptet, daß Braun ganz plötzlich so krank geworden sei, daß er sich für einen längeren Urlaub nach Astona, also ins Ausland, zurückziehe und daß diese Krankheit erst dann ausgebrochen sei, als man sah, daß die 100 Millionen des Reiches zur Bildung der durch marxistische Mißwirtschaft entstandenen Löcher im Staatshaushalt nicht eingehen. Wir übergehen die anderen Beschimpfungen dieses Artikels, um auf Grund von Mitteilungen von unrichtiger Seite folgendes festzustellen:

Otto Braun befindet sich nicht in Astona, sondern in Berlin. Er hat bereits im engeren Kreise wochenlang vor der Wahl erklärt, daß er nach den Landtagswahlen, gleichgültig, welchen Ausgang sie nehmen würden, sich für längere Zeit von den Dienstgeschäften beurlauben müsse, weil sein Gesundheitszustand außerordentlich geschwächt sei. Er hat sich in der Tat von den Folgen einer sehr schweren Grippe, die kurze Zeit vor den Wahlen zu einem regelrechten Kollaps geführt hatten, nicht erholen können und erlit noch in den letzten Tagen der Wahlbewegung, für die er sich als Bewerber unter den größten körperlichen Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt hatte, dazu noch eine sehr schmerzhaft verlaufene Grippe. Braun wird noch einige Wochen äußerster Schonung bedürfen, ehe er so weit ist, um in einem deutschen Heilbad eine regelrechte und schwere Baderkur antreten zu können. Erst nach deren Verlauf und einer etwa erforderlich werdenden Nachkur wird ärztlicherseits zu übersehen sein, wann Braun sich wieder körperlich so gestärkt hat, daß er in dieser oder jener Form in die aktive Politik zurückkehren wird. Seine Verbundenheit mit der Politik wird er, wie wir hören, schon jetzt dadurch bezeugen, daß er das an ihn ergangene Angebot, wiederum die Spitzenkandidatur in Dittpreußen zu übernehmen, annehmen wird.

Mit den 100 Millionen Deffizit hat die Krankheit natürlich nichts zu tun, weil sie eben schon seit Monaten in latenter Form bestanden hat. Es ist bekannt, daß die Schwerezeiten, in die die preussische Staatsregierung geraten ist, nicht eine Folge marxistischer Mißwirtschaft, sondern eine einfache ökonomische Folge der Rückgänge der Reichsteuereinzahlungen sind. Das einzusehen, dazu reicht allerdings weder der ökonomisch-politische Verstand noch der Anstand der nationalsozialistischen Presse aus. Otto Braun wird eher in die aktive Politik zurückkehren, als es den Nationalsozialisten lieb sein wird! Dafür bürgt jedem, der ihn kennt, seine in 40jähriger Tätigkeit erprobte Treue zur Partei und sein politisches Verantwortlichkeitsgefühl.

Nationalsozialist Röver Ministerpräsident in Oldenburg. Der oldenburgische Landtag wählte am heutigen Nachmittag den nationalsozialistischen Gauleiter Röver mit 26 Stimmen zum Ministerpräsidenten.

In der G.U.-Kneipe.



„Der „Angriff“ enthält ja kein Wort gegen die neuen Gehalts- und Rentenkürzungen?“
 „Na, selbstverständlich! Wenn wir wieder Uniform tragen dürfen, kann die übrige Bevölkerung ruhig die paar hundert Millionen berappen!“

Schreckensurteil in Rom.

Das Blutgericht wütet.

Rom, 16. Juni. (Eigenbericht.)

In dem Verstoßererprozeß verurteilte das aus Offizieren der Faschistenmiliz bestehende Sondergericht den 29jährigen Kaufmann Bonone zum Tode durch Erschießen in den Rücken, die übrigen Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen 10 und 30 Jahren. Bonone blieb bis zuletzt dabei, daß er nie vorgehabt habe, ein Attentat auf Mussolini zu begehen.

Je 30 Jahre Gefängnis erhielten Fanoones Geliebte, die aus Wien stammende österreichische Tänzerin Margarethe Blaha, ebenso Enza, der Bonones Bomben in Genuas Straßen niederlegte, ferner die Teilnehmer der anderen Gruppe, nämlich der Anarchist Belloni, der Handelsvertreter Dellini, der Beauftragte der antifaschistischen Propaganda in Rom, namens Malloni, und der Bankbeamte Sandri, der Explosivmaterial transportierte. Der Kunstmaier Mazzochi und der Arzt Dr. Germani erhielten je 10 Jahre Gefängnis.

Bonone mochte im Prozeß einen furchtbaren Eindruck, weil er unerschrocken gestand, daß ihm nur an dem aus Paris übermittelten Geld zur Regelung seiner finanziellen Verhältnisse gelegen gewesen sei. Seine Geliebte, die Tänzerin Blaha, sagte, daß sie, als sie spät erst von der Bombenfabrikation erfuhr, nur deshalb keine Anzeige gemacht habe, weil sie den Mann liebte. Dellini, der sich über die Untersuchungshaft beklagte, bekannte sich als demokratischer Republikaner. Von der Bombe in der Ther-

mosstraße, die ihn der Anarchist Bonone tragen ließ, habe er nichts gewußt und sie, als er davon erfuhr, in den Comer See geworfen. Der Kunstmaier Mazzochi brachte nur aus Gefälligkeit für seine antifaschistischen Freunde in Paris Pakete über die Grenze. Er habe angenommen, daß sie antifaschistische Drucksaft enthielten. Der Arzt Germani erklärte sich als antifaschistischer Liberaler. Nach den Aussagen einiger dieser Angeklagten sollen vier in Paris lebende Flüchtlinge besonders belastet sein, und zwar der frühere Abgeordnete Focchetti als Kritiker, dann auch Rosselli und auch die früheren liberalen Chefredaktoren Tar-chiani und Bianca.

Heute folgt der Prozeß gegen den Anfang Juni in Rom verhafteten Sbardelota.

Der Faschist als Batermörder.

Geaz, 16. Juni.

Die Gendarmen in Andri verhafteten den Studierenden der Medizin Hochtrasser, den Sohn des am 28 April durch ein Bombenattentat in Andri getöteten Bürgermeisters Joseph Hochtrasser. Die Gendarmen haben festgestellt, daß der Verhaftete vor dem Attentat von Arbeitern eines Steinbruchs Sprengstoff und Sprengkapseln erhalten hat.

Wie der sozialdemokratische „Arbeiterwille“ hierzu berichtet, besteht der Verdacht, daß der Sohn den Anschlag auf seinen Vater verübte, weil dieser nicht dulden mochte, daß der Sohn Mitglied der Heimwehr sei.

Es geht schon los.

Blutige politische Zusammenstöße.

Wanne-Eickel, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Am Donnerstagabend gegen 6 Uhr kam es zwischen Kommunisten, die zu einem Protest gegen die Notverordnung aufgefordert hatten, und Nationalsozialisten, die sich teilweise schon in Uniform zeigten, zu Schlägereien, bei denen ein Nationalsozialist niedergestochen und schwer verletzt wurde. Die Schlägereien verschärften sich; es wurden auch Schüsse gewechselt, doch wurde anscheinend niemand verletzt.

Solingen, 16. Juni.

In Solingen kam es in den Abendstunden des Mittwoch zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Fünf Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Mehrmals mußte die Polizei einschreiten, um die Ruhe wiederherzustellen. Verhaftet wurden fünf Personen.

Erwerbslosenfundgebungen in Dresden.

Dresden, 16. Juni.

Wie das Polizeipräsidium mitteilt, ist es am Donnerstagvormittag zu größeren Ansammlungen vor dem Rathaus der Vorstadt Bismarck, und zwar im Zusammenhang mit der dort stattfindenden Auszahlung der Fürsorgeunterstützung gekommen. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen sind neun vorläufige Festnahmen erfolgt. Auch gegen Ansammlungen vor dem Rathaus in der Vorstadt Lobtau wurde von der Polizei eingeschritten. Weiter hat es im Laufe des Donnerstagvormittags auch Kundgebungen auf der Kolonnenstraße gegeben, die zerstreut worden sind. Wie weiter mitgeteilt wird, sind in den letzten Tagen mehrfach Truppen in Lebensmittelgeschäfte eingedrungen und haben dort unter Rufen wie „Die Fürsorge bezahlt alles! Wir müssen doch essen!“ usw. Lebensmittel weggenommen.

Plünderungen in Hindenburg und Halle.

Hindenburg, 16. Juni.

Etwa 500 Erwerbslose zogen heute vor das kaiserliche Stadthaus und schickten eine Abordnung zum Oberbürgermeister. Nachdem die Abordnung den Erwerbslosen das Ergebnis ihrer Verhandlungen mitgeteilt hatten, plünderten die Demonstranten einen Fleischerladen in der Hauptverkehrsstraße von Hindenburg und einige Fleischverkaufsstände auf dem Wochenmarkt. Die Polizei nahm vierzehn Personen fest.

Halle, 16. Juni.

Am Donnerstagvormittag rotteten sich auf dem Marktplatz mehrere hundert Erwerbslose zusammen, die Hungerriese ausbrachten. Von den Demonstranten wurden mehrere Marktstände geplündert. Ein Trupp Erwerbsloser drang in ein Warenhaus ein und entwendete Wurstwaren. Die Polizei griff ein und klüßerte die Straße sowie den Marktplatz.

Gorgulow-Prozeß erst im Herbst.

Er selbst will jetzt Zeit gewinnen.

Paris, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Der Präsidentenmörder Gorgulow, der während einer Vernehmung durch den Untersuchungsrichter verlangt hatte, so schnell wie möglich hingerichtet zu werden, hat sich inzwischen anders bekamen. Auf den ihm zugestellten Beschluß der Anklagekammer, daß er des vorläufigen Mordes angeklagt sei und sich vor dem Schwurgericht zu verantworten habe, hat er Berufung wegen Nichtigkeit des Untersuchungsverfahrens eingelegt. Die Untersuchungsakten sind darauf dem Appellgericht übergeben worden, das in den nächsten Tagen zu dem Berufungsantrag Stellung nehmen wird. Bei Ablehnung der Berufung kann Gorgulow noch Kassation des Beschlusses der Anklagekammer beantragen. Jedenfalls dürfte der Prozeß gegen ihn anstatt im Juli erst im Oktober stattfinden.

Strawinsky / Puccini.

Städtische Oper.

Giacomo Puccinis einaktige Buffo-Oper Gianni Schicchi in einer sowohl musikalisch als auch szenisch sehr durchgearbeiteten Aufführung. Bisher Igor Strawinskys Ballett-„Suite Petruschka“. Biel Beifall, voll besetztes Haus. F.L.

Der Streit von 25 000 New-Yorker Bauarbeitern, der sieben Wochen dauerte, ist mit einem Kompromiß beendet worden. Es wurde eine Lohnkürzung um 15 Proz. gegen ursprünglich geforderte 30 Proz. angenommen. Die neuen Tageslohnhöhe betragen für Konstruktionsarbeiter 11,20 Dollar, für Maurer 13,20 Dollar und für Statikarbeiter 12 Dollar, also ungefähr soviel wie in Berlin die Wochenlöhne. Von dieser Lohnabminderung, die für ein Jahr gilt, werden 130 000 Mann betroffen.

Die Nazihetze gegen die Polizei!

Soll die Polizei der SA. gehorchen? — Das Ziel der Hetze: Entrechtung der Beamten

Der teilweise Erfolg des Lügenfeldzuges, den die Nationalsozialisten systematisch gegen den republikanischen Staat führen, hat sie zu weiteren Aktionen ermuntert. Durch Verleumdung und Ehrabschneiderei, durch persönliche Verunglimpfung und schmutzigste Hetze gegen leitende Staatsbeamte hofft man nunmehr auch an die Machtinstrumente des Staates, besonders an die Polizei heranzukommen. So hat man in den letzten Tagen eine in ihrer Gehässigkeit und Verlogenheit nicht mehr zu überbietende Lügenkampagne gegen die leitenden Männer der Berliner Polizei, Polizeipräsident Albert Grzesinski, Vizepräsident Dr. Bernhard Weiß und Kommandeur Hugo Heimannsberg, eingeleitet. Dabei wird auch die gesamte Polizeibeamtenschaft Berlins in unerhörter Weise beschimpft, wenn der „Angriff“ schreibt, zur heutigen Berliner Polizei habe kein anständiger Mensch mehr Vertrauen. Die Berliner Polizei hat vom jüngsten Wachmeister bis zum höchsten Offizier in schwerster Zeit mustergültig und mit Erfolg ihre Pflicht erfüllt. Den vorbeugenden Maßnahmen der Polizei und der Einsicht der Berliner Bevölkerung war es zu danken, daß der letzte Winter der Not fast ohne Ausschreitungen vorübergegangen ist und daß Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der Hauptstadt der deutschen Republik trotz einer Armee verzweifelter Arbeitslosen aufrechterhalten werden konnten. Gewalt über die Polizei zu erhalten, ist das Ziel der Nationalsozialisten. Hier liegt die Ursache jener gemeinen Hetze, von der sich jeder wahrhaft anständige Mensch mit Ekel abwendet. Herr Goebbels hat den Sinn der Verleumdungskampagne in seinem eigenen Blatt offenbart. Er schrieb am 11. Juni: „Jedenfalls halten wir es für unerträglich, daß während des Wahlfeldzuges zum 31. Juli das größte deutsche Land von der Sozialdemokratie regiert wird...“ Man will aus der überparteilichen, allein dem Staatswohl und der Gesamtheit des Volkes dienenden preussischen Polizei eine Parteigarde der Nationalsozialisten machen. Die SA.-Führer befehlen, die Polizeibeamten haben zu gehorchen! Das ist der Wunschtraum dieser Leute. Für das Vereinigungsrecht, das der neue Volkstaat den Beamten und damit auch den Hütern der Ordnung schenkte, ist dann selbstverständlich kein Platz mehr. Auch hier hat man ja schon vorgearbeitet, denn nicht umsonst hat die nationalsozialistische Fraktion des Landtages die Auflösung des Schrader-Verbandes der Polizeibeamten in den Antrag Nr. 163 gefordert. Aber den Herren Nazis ist der Kanon ein wenig zu sehr geschwollen. Sie werden sehr bald erkennen müssen, daß der Geist der Freiheit aus Deutschland nicht mehr zu bannen ist.

Ein Mitglied der Redaktion des „Vorwärts“ hatte mit dem Polizeipräsidenten Berlins Albert Grzesinski

eine Unterredung über die systematische Hetze der Nationalsozialisten gegen die Polizei. Ueber die Gründe des Lügenfeldzuges äußerte der Polizeipräsident folgendes:

Es ist seit langem bekannt, daß die Nationalsozialisten nach den politischen Machtorganen des Staates, in erster Linie nach der Polizei streben. Da die Wahl am 24. April ihnen den erhofften vollen Erfolg nicht gebracht hat — die Rechte jenseits des Zentrums hat im Landtag die Mehrheit nicht erhalten — möchten sie jetzt ihr Ziel mit Hilfe des Reiches erreichen. Da die Leitung der Berliner Polizei auf ordnungsgemäßen Boden nicht zu befechtigen ist, versucht man durch eine systematische Hetze die leitenden Personen der Polizei als minderwertig hinzustellen. Alles was in dieser Hinsicht an böswilligen Behauptungen über mich und den Vizepräsidenten Dr. Weiß verbreitet worden ist, kennzeichne ich nochmals als Lüge und Verleumdung. Und wenn Sie mich fragen, fuhr der Polizeipräsident fort, warum ich nicht berichtigt oder geklagt habe, so antworte ich darauf nur: Es ist bereits früher geklagt worden und es sind auch Verurteilungen erfolgt. Form und Inhalt der Schreibweise des „Angriffs“ aber verdienen es mir aus Gründen der Selbstachtung, dagegen besonders vorzugehen. Das perverse Geschimpfe lehr sich letzten Endes gegen seine Urheber.

„Die Nationalsozialisten lieben es, in ihrem Blatt immer nach dem Reichsinnenminister zu rufen, der sich der Berliner Polizei annehmen soll. Wie erklären Sie sich das?“ — „Das weiß ich auch nicht. Die Polizeihohheit ist Angelegenheit der Länder. Die Ausübung der Polizeigewalt gehört zur alleinigen Zuständigkeit der Länder. Die Feststellung und Überprüfung der Beamten der preussischen Polizei ist allein Sache des preussischen Innenministers, oder, wenn es sich um die höheren Beamten handelt, Sache des Staatsministeriums. Niemand sonst hat da etwas hineinzureden. Wenn die Nationalsozialisten entsprechende Forderungen an das Reich stellen, so zeigen sie damit lediglich, wie in sehr vielen anderen Fällen auch, daß sie noch recht ausgiebig Elementarunterricht in staatsrechtlichen Dingen nehmen müssen.“

Preußen bleibt Hort der Ordnung.

Auf den Einwurf, daß die Nazis auf die Einsetzung eines Reichskommissars hofften, erklärte Grzesinski: Der „Reichskommissar“ ist nicht ausdrücklich ein Begriff der Verfassung. Das Recht, einen Reichskommissar zu bestellen, wird aus Artikel 48 Absatz 2 der Weimarer Verfassung hergeleitet, wonach der Reichspräsident, sofern die öffentliche Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet ist, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen kann. Die Einsetzung eines Reichskommissars könnte als eine solche notwendige Maßnahme angesehen werden. Wie ich schon sagte, ist das Ergreifen dieser „nötigen Maßnahme“

an strikte Voraussetzungen geknüpft, die hier in Preußen nicht gegeben sind und die sicherlich auch in Zukunft nicht gegeben sein werden!

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist in Preußen nicht erheblich gefährdet! Aber auch ein Reichskommissar könnte die von den Nationalsozialisten gewünschten personellen Veränderungen innerhalb der Polizei auch nicht vornehmen. Er könnte lediglich die amtlich und rechtmäßig eingesetzten Polizeiorgane mit Anweisungen versehen. Er würde übrigens sehr bald erkennen, wie zweckmäßig, richtig und objektiv die Polizei in Preußen in allen ihren Teilen bisher geführt worden ist und wie sie sich lediglich darauf beschränkt hat, bestehende Gesetze so durchzuführen, wie es ihre Pflicht war.

Das Wort von der „geschäftsführenden Regierung“ ist ein politisches Schlagwort geworden. In Wirklichkeit kennen weder die preussische Verfassung noch die Reichsverfassung eine nur geschäftsführende Regierung. Es heißt in der preussischen Verfassung im Artikel 59 Absatz 2, daß für den Fall einer Gesamtdemission des

Staatsministeriums die zurückgetretenen Minister die laufenden Geschäfte bis zur Uebernahme durch die neuen Minister weiterzuführen haben. Alle geschäftlichen Handlungen der zurückgetretenen Regierung sind genau so legal und geschäftlich wie die Handlungen einer Regierung, die das ausdrückliche Vertrauen des Landtages besitzt. Das zurückgetretene Ministerium hat die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten wie ein „ordentliches“ Ministerium. Insbesondere hat es die Pflicht, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und für die Anwendung und Durchführung der bestehenden Gesetze zu sorgen.

Die Lügen im einzelnen.

Im weiteren Verlaufe der Unterredung äußerte sich der Polizeipräsident ausführlich über einige besonders böswillige Behauptungen und Verdrehungen der nationalsozialistischen Presse. So hatte der „Angriff“ von einer „Verhöhnung der Polizeibeamten“ gesprochen, weil die Berliner Schupo-Felle den Plan hat, für einige Tage zu einem Gastkonzert nach Spanien zu fahren. Durch eine

daß der Berliner Polizeipräsident in seiner Rede entgegen der Behauptung der nationalsozialistischen Presse die Hitler-Partei überhaupt nicht erwähnt hat.)

In einer der letzten Nummern hatte der „Angriff“ den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Polizei nicht mit der nötigen Energie die Verfolgung der Wörder der beiden Schupo-Offiziere Anlauf und Bent betrieben hätte. Diese Behauptung ist so ungeheuerlich, meine Grzesinski, daß ich nicht annehmen kann, daß ein ernsthafter Mensch ihr Glauben beimessen vermag.

Wir fragten: Reinen Sie nicht, daß der Antrag auf Auflösung des Schrader-Verbandes klar zeigt,

daß die Nationalsozialisten die Polizeibeamten wieder wie im alten Vorkriegsdeutschland entrechteten wollen?

Darauf antwortete der Polizeipräsident: Dieser Antrag zeigt nicht nur die Unduldsamkeit der Nationalsozialisten, sondern erweist auch die Gewerkschaftsfeindlichkeit dieser Partei. Das Recht der Beamten, sich nach freiem Ermessen zu organisieren, ist eine

Achtung!
Sonnabend Flugblattverbreitung!
 Die Verbreitung erfolgt von den bekannten Lokalen aus.
Alle zur Stelle!

einfache Anfrage hätte man feststellen können, so meint der Polizeichef, daß das Schupoorchester von der Verwaltung der Stadt Valencia auf deren Kosten eingeladen worden ist. Auch die zur Vorbereitung des Gastkonzertes notwendig gewesene Reise des Hauptmanns Kleeblatt ist voll und ganz von den Veranstaltern getragen worden. Mir scheint es aber auch erwünscht, daß deutsche Beamte sich im Ausland zeigen, und gerade das hervorragende Orchester der Berliner Schupo-Polizei ist besonders geeignet, für Deutschland zu werden.

Ausführlich ging Genosse Grzesinski dann auf die Vorwürfe ein, die gegen Kommandeur Heimannsberg und einzelne Offiziere und Beamte wegen der Vorgänge beim Aufziehen der Marine-Wache am Stagerrattag erhoben worden sind. Mit erhobener Stimme sagte Grzesinski: Die Schuld an den bedauerlichen Vorfällen trifft nicht die Polizei, sondern diejenigen, die gegen die Polizeibeamten mit Steinwürfen angriffswelt vorgegangen sind.

Die Polizei wird sich auch fernerhin von niemanden, sei es wer es sei, beschimpfen oder angreifen lassen!

Wie es gesetzliche Pflicht der Polizei ist, wird auch zukünftig jede Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung rücksichtslos abgewehrt und die Urheber und Täter der Bestrafung zugeführt werden. Es sind gegen einzelne Polizeibeamte, Offiziere wie Wachmeister, unter Namensnennung auch Drohungen ausgestoßen worden. Keiner der Polizeibeamten wird sich durch Drohungen einschüchtern und von der Erfüllung seiner Pflicht abhalten lassen. Wer auf Einschüchterung spekuliert, hat falsch spekuliert.

Schließlich, so fuhr Grzesinski fort, muß ich mich noch mit dem „Wöltischen Beobachter“ insofern beschäftigen, als er behauptet, ich hätte bei der Einführungsfeier der von der Polizeischule neu nach Berlin gekommenen Wachmeister die Nationalsozialistische Partei beschimpft. Diese Behauptung kann nur wider besseres Wissen aufgestellt worden sein. (Anm. der Redaktion: Eine große Berliner Zeitungskorrespondenz hat sich veranlaßt gesehen, in „eigener Sache“ darauf hinzuweisen,

Errungenschaft des neuen Volksstaates und ist von den Beamten ohne Unterschied der Parteien auch so gewürdigt worden. Dieses besonders wertvolle Recht ist vom neuen Staat ohne Rücksicht darauf, ob die Tätigkeit der Beamtenorganisationen den Ministern angenehm war oder nicht, selbstverständlich geschützt und geschützt worden. Wie die Polizeibeamten den Antrag der Nationalsozialisten empfinden, haben sie durch ihre einmütige Stellungnahme dieser Tage bekundet. Verbende Wirkung für die Nationalsozialisten wird dieser Antrag wohl kaum haben.

Jeder Terror wird gebrochen!

Die Unterredung schloß ab mit der Beantwortung der Frage, ob die Leitung der Berliner Polizei von der Aufhebung des SA- und des Uniform-Verbotes eine Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit fürchte. Polizeipräsident Grzesinski sagte seine Meinung dahin zusammen, daß von Preußen ein Uniformverbot seinerzeit nicht erlassen worden sei, sondern vom Reich und daß von der Aufhebung des Uniformverbotes, ja auch das Reichsbanner und der Stahlhelm Ruhen zögen. Mit der Aufhebung des SA-Verbotes brauchen an sich Ruhe und Ordnung noch nicht gestört zu sein, wenn die SA-Leute sich wie die Mehrheit unseres Volkes streng im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bewegen würden und es vermeiden, Andersdenkende durch Terror zu vergewaltigen. Die Polizei werde entsprechende vorbeugende Maßnahmen zu treffen haben, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Daß das bei abschließlichen Ausstellungen immer möglich sein werde, könne man mit Sicherheit selbstverständlich nicht voraussagen. Mit Sicherheit könne gesagt werden, daß von der Polizei alles getan werden wird, um Terror zu brechen.

Der Neuköllner Frauen- und Mädchenchor, Mitglied des Deutschen Arbeiterfängerbundes, singt am Freitag, dem 17. Juni, abends 7.10 Uhr, im Rundfunk unter Leitung von Hans Schreiber.

Ein alter treuer „Vorwärts“-Abonnent Max Seibel, Wilhelm-Stolze-Str. 18, feiert mit seiner Ehefrau am 17. Juni das Fest der goldenen Hochzeit.

Klug sein!

„Prüfe alles und behalte das Beste!“
sagt das Sprichwort.

Ergebnis 77



Hunderttausende von Berlinern handeln danach und rauchen die neue „Gold Saba“ nach dem alten Original-Rezept.

Auf dem Papier - und vor den Augen

Kleine Chronik zu Hause / Von Heinrich Hemmer

Wir sind lange nicht so brutal als wir scheinen: nach den gelangweilten, sensationslüsternen Augen zu schließen, mit denen wir die Spalten der Tageschronik überfliegen, und den lieblosen Blicken, die wir zum Unglück unserer Mitmenschen machen...

So gleichgültig uns die Zeitungsnachricht läßt, daß beispielsweise ein kleines Kind ertrunken ist, so würde wohl auch der hartnäckigste Zuschauer von diesem zwingenden Bild hilfloser Unschuld zu Rettungsversuchen, eventuell unter Gefahr seines eigenen Lebens, gebracht werden.

Keine Nachbarin wird arretiert.

Ist nicht im ersten Augenblick schon die reine Tatsache unfaßlich, daß Menschen, die man ihr kleines Alltagsleben hat führen sehen, plötzlich von der Kriminalpolizei abgeholt werden...

Hat man nicht überdies immer Grund, seine Vorstellungen zum Beispiel von Einbrechern zu revidieren oder zu ergänzen? Ich habe von allen möglichen Kategorien gehört und gelesen, vom Vampyr bis zum Romaniker...

Das Wertwürdigste aber war, daß sie mich und plättete, was das Zeug hielt, die rote Venus — vom Platten weg hat man sie ja gerade ins Polizeigefängnis geholt. Und während des Verhörs hatte sie die hausfrauliche Rücksichtnahme, mir telephonieren zu lassen, ich solle, um einen Hausbrand zu vermeiden, den Hauptschalter abknippen...

Den folgenden Abend kam sie zurück. Ich hatte das Gefühl, die letzte Mahlzeit einer Toten verzehrt zu haben, die wieder zum Leben erweckt und ihr Essen rekonstruiert. Doch sprach Frau Venus wieder auf mich ein und gab mir Gelegenheit, meine Sünden durch weitere ehrenvolle Aufträge, die ich erhielt, von mir abzumachen...

flüchtigen Blick über die hochschlanke Figur der Königsbergerin gleiten lassend, ... wie ich Sie beneide."

So wechselte Burleske mit Tragik und Komik und neuen Rätseln und kläglichen Alltagslichkeiten wie kein Buch so bunt und frisch erlebbar ab, und dieser unzulängliche Kriminalfall, wenn es einer ist, eröffnete mir, nur weil die handelnden Personen Nachbarn waren, deren Lebensführung mir bekannt, einen tiefen Blick in die Menschenseele: wie bei einem Kreuzworträtsel des Lebens fann ich aus Bekanntem allmählich das Unbekannte zusammenlegen.

Ein Freund hinterläßt zwei Witwen.

Unsere Toten stehen nicht immer in derselben Beziehung zu uns, als die Menschen es im Leben getan. Flüchtig Bekannte mögen, weil ihr Ableben ein besonders Tragisches oder etwas Unfaßbares war, hinterher in den Vordergrund unserer Erinnerung rücken. Einige besonders tragisch oder unermutet Gestorbene avancieren nach ihrem Tode. Andere geliebte Personen vergessen wir, vor einigen Erinnerungen fürchten wir uns, andere, sozusagen unsere Lieblingstoten, züklern wir aus nicht ganz klar zu bestimmenden Gründen permanent.

Ein paar Tage nach der Beerdigung kam die um etwa 30 Jahre jüngere Freundin des Professors, die ich nur zweimal gesehen hatte, zu mir: bleich, abgemagert und die Augen wie von einem inneren Feuer durchglüht. Ob ich ihr nicht behilflich sein könne, einen Verleger für ihre Memoiren zu finden, fragte mich das schwarzhaarige, dünnhäutige, schwärmerische, junge Mädchen. Das junge Geschöpf hatte ein Tagebuch geführt über die zwei mit ihrem Zeichenprofessor und Freunde verlebten Jahre, die ihrem Leben Sinn und Inhalt gegeben haben, meinte sie, die so sinnemäßig und verständnisvoll innig, so erschütternd tief menschlich verstrichen waren, daß selbst in diesen harten Zeiten ein so harter Mensch wie ein Verleger für ihre Memoiren Interesse zeigen müsse.

Neue Wohnungen — neue Menschen?

Gedanken über moderne Architektur / Von Lotar Holland

Mit den großen gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und Weltanschauungswandlungen in der Gegenwart ist auch die Architektur, die Siedlungsformung, Gesinnungsänderungen unterworfen. Nicht nur in der Größe und Ausdehnung der Städte, sondern vor allem im Straßenbild selbst ist in den letzten Jahrzehnten ein bedeutsamer Wandel eingetreten: wohl nirgends tritt uns der Unterschied zwischen Gassen und heutiger Straße bewußt und hartnäckig ständig vor Augen wie in dem täglichen Erlebnis des Wechsels von alter und neuer Architekturform: fast in jeder Straße der Städte stoßen die Kontraste der Bauarten schroff gegeneinander und wir, die wir an Kunsthandlungen meistens achsellos vorübergehen, uns nur gelegentlich über den Stand der modernen Literatur informieren — von moderner Kunst und Plastik gar nicht zu sprechen —, können uns dem Eindruck der modernen Architektur nicht entziehen.

Jeder hat es an sich erfahren, wie unterschiedliche Architekturformen, etwa eine Kathedrale, ein Bauernhaus, eine vorkriegszeitliche Mietkaserne oder eine moderne Gartenfriedung, verschiedene Stimmungen in uns auslösen, und darin finden wir den geistig aktiven Charakter der Bauten bestätigt. Solange wir uns in ihnen nur vorübergehend aufhalten oder Geist und Empfindungsleben zu einer Konzentration auf Objektivem zwingen müssen, wie z. B. in Büros, mag dieser Einfluß noch verhältnismäßig gering sein; problematisch aber wird unser Schicksal, sobald wir unser Wohnhaus betreten. Hier schütteln wir den Berufsmenschen ab, stülpen das unterdrückte Empfindungsleben nach außen, leben uns ganz individuell, unernst, naiv aus — so wie der natürliche Mensch sich benimmt, ehe ihm die Gesellschaft berufs- und ehrenhalber eine Uniform überzwängt. Hier wird die bloße Stimmung, die die Architekturformen auf uns übertragen, zu einem Zwangsempfinden, das uns durch die Dauer seiner Wirkung allmählich in bestimmter Weise bilden bzw. verblenden muß.

Die Architekturwandlungen bedeuten somit Wandlungen der geistigen Tendenzen und Gesinnungen der Gesellschaft. Die moderne Architektur hat mit dem aufgeräumt. Der heutige Mensch ist Realist geworden, er will nicht bloß nach außen hin scheinen, sondern etwas wirklich sein, darstellen und haben. Scheinwerte befriedigen nicht mehr: Häuser mit kunstvoll und prunkhaft vergipften Fassaden, vornehm sein sollenden herrschaftlichen Aufgängen, einer luxuriösen Ausschmückung mit Skulpturen, Plastiken, Ornamenten und ähnlichem Zeugs, das den Reiz des Nachbarn anstacheln soll...

erschieden, weil hier ein lebensprühender Mensch auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung vernichtet wurde, und ich mir nicht vorstellen konnte, wie man (viel Material war nicht zurückgelassen) das kleine Weiterleben in Worten und Memoiren einer namentlich durch seine Blaufärbung glänzenden Persönlichkeit bewertigen könnte.

Dieses zarte Mädchen konnte (theoretisch) den toten Professor wieder zum Leben erwecken, fühlte ich, und gleichzeitig war mir klar, daß sie die Kraft und Fähigkeit hierzu trotz ihrer großen Liebe und Hingabe praktisch nicht besitzen würde. Aber wie sollte ich ihr das zu sagen wagen. Ich brachte keinen Ton hervor, als mir das verwitwete junge Mädchen ihre Pläne offenbarte: das Verlagshonorar sollte dazu dienen, den menschlichen Nachlaß, die beiden Jungen des Professors, miterziehen zu helfen. Irigendwie kann einmal in den Verhältnissen eines Menschen alles anders sein, als wir es zu finden gewohnt sind, und es kam uns dies ganz natürlich erscheinen. Die beiden (auf ihren Vater so stolzen) Knaben waren nämlich bei dessen rechtmäßiger Gattin in Wien untergebracht...

Was hört und sieht man nicht alles über das Verhältnis eines Mannes zu zwei Frauen, was sieht man nicht alles Unerquickliche, um es dann einmal ganz, ganz anders zu finden. Das Bild tauchte vor meinem geistigen Auge auf, wie der stets lebenslustige, gelegentlich verb übermütige Professor noch kurz vor seinem Tode unbesangenen mit beiden Frauen ausgewiesen ist, beide ohne Mißton unterhaltend... wie er mit seiner an sein Krankenbett geilteten Frau bei diesem und auch einem früheren Besuch so gesprochen hatte, daß sich kein Fernstehender überhaupt nur vorstellen konnte, die beiden hätten jemals voneinander getrennt gelebt. Wo findet man, frage ich, etwas so Romanhaftes wie eine einmal glückliche Ehe, die ohne Mißklang zerfällt, die wie eine überreife Frucht vom Baume des Lebens abfällt.

Wollen wir nicht den Herrn Sowieso anrufen, sagte ich zu dem abgehärteten Mädchen, nachdem mir meinen Tee getrunken und ihre Kette gegeben... Aber sie lehnte entsetzt ab: Wie würde der mißtrauische Mensch diesen Besuch auslegen! Sonderbar, daß jeder gemeine Gedanke sofort ansteckt. Wie lange wird es dauern, dachte ich, daß der Professor, der bei seiner Frau einen Nachfolger hatte (einen im Hintergrund der Ereignisse stehenden beiseitegelassenen Menschen), auch bei diesem schwärmerischen und zugleich sinnlichen Mädchen einen Nachfolger haben wird. Und was tate das Mädchen schließlich bei den beiden Jungen: sie könnte ihnen weder den Vater ersetzen, noch dem sie immer riefen, noch auch die Mutter. Die Verhältnisse sind härter als der Mensch. Und für die Lebenden ist immer wieder Leben da, nur für die Toten der Tod. Was nützt da alle Größe?

Zweckmäßige Anforderungen an den Wohnbau sind: Licht, Luft, Bewegungsraum; glatte Organisation der einzelnen Wohnungseinheiten, Vermeidung von gemeinschaftspolitisch ungesunder Verschachtelung der Wohnungen untereinander (wie z. B. bei der heute üblichen Zerteilung von alten Großwohnungen in mehrere Kleinwohnungen); möglichst bequeme örtliche Verbindung der künstlichen Wohnbauten mit der natürlichen Landschaft (Grünland, Gärten, Park); und günstige verkehrstechnische Verbindung der Wohnbauten mit den zivilisatorischen Zentren (Industrie, Geschäftsstadt, Verwaltung). Am zivilisatorischen Zweckbau, wie z. B. Eisenbahnbauten, Schulen, Verwaltungsgebäuden usw., für den es eine Zeitlang vor dem Kriege nur ein Muster zu geben schien: roter Ziegelbau (für Volksschulen ohne, für Gefängnisse mit Gittern vor den Fenstern) mußte die Forderung einer gewissen äußerlichen Formshöhe aufstellen, die leider dazu geführt hat, daß heute im Zeitalter der wirtschaftlichen Organisationsnotwendigkeit die öffentlichen Verwaltungsbauten oft einen prägnanten Luxus an sachlicher Schönheit aufweisen, deren Bestehungskosten man besser dem Siedlungsbau zugute kommen ließe.

Der Weg von der Idee zum Werk ist kaum anderswo derart mit wirtschaftlichen Berücksichtigungen gepflastert wie in der Architektur, und es scheint heute so zu sein, daß das Blaster derartige Kragenköpfe aufweist, daß man nicht zum Ziele kommt. Jedenfalls ist die moderne Wohnarchitektur, die in Deutschland, Holland und Frankreich bereits sehr beachtliche Werke geschaffen hat, heute wieder zu starken Kompromissen mit der Tradition gezwungen. Anfangs galt das Eigenheim mit Gartenland als das kommende Siedlungsideal; jedem Gesellschaftsmitglied sein kleines Häuschen mit Stall und Gemüseland. Bei dem ungeheuren Wohnungsbedarf war dieses Ideal aus verschiedenen Gründen nicht durchzuführen; man schuf außerhalb des Stadtbereichs liegende Siedlungen von zweistöckigen Reihenhäusern mit vorliegenden Gärten. Auch diese Bauform wurde unrationell, so daß man mehrstöckige Reihensiedlungen erbaute, außerhalb der Stadt, in großer Bierdeckel- oder auch Halbkreisform, eingebettet in Grünland und Gärten. Die Wohnungen waren aber immer noch zu teuer, das Problem der Klein-, Kleinst- und Mikrowohnung kam auf und gab den Architekten zu einem Rosinenspiel mit Quadratzentimetern Gelegenheit. Hier hörte aber bereits die Möglichkeit des Sachlichen auf, und heute ist man wieder bei der Mietkaserne ohne Garten, ohne Grünland, ohne Kohlenaufzug, ohne elektrische Waschküchen, Sonnenterrassen, Gemeinschaftsrestaurants und dergleichen zurückgekehrt und bemüht sich, wenigstens die primitivsten hygienischen und zivilisatorischen Erfordernisse zu erfüllen. Die niedrige Miete ist ausschlaggebend.

Der Weg der Architektur hat von den genialen Projekten aber nicht zur Resignation zurückgeführt. Irgend zu etwas, was man nennen könnte: praktische Sachlichkeit. Im Gegensatz zur theoretischen Sachlichkeit. Wenn es gilt, billige Wohnungen für die Massen zu schaffen, kann man sich nicht mit kostspieligen Experimenten abgeben, die oft auch den besonderen Nachteil haben, daß ihr Wert nur modischem Geschmack unterliegt und sie bald unzweckmäßig sind. Diese Gefahr droht jeder Uebertreibung, auch wenn sie noch so gut und theoretisch sachlich gewollt war. Die Gesinnungsbildung behält das letzte Wort: die Gesinnung, sich unter Abfindung mit den realen Hemmnissen in der Erfüllung des jeweils momentanen Notwendigen schrittweise vorwärts zu behaupten. Diesen Charakter trägt nach dem ersten Aufstürmen vor einigen Jahren heute die Architektur. Ist dies auch die Gesinnung des heutigen Menschen geworden?

